

Die Regierungsbildung

Am Anfang war das Geld

Um 9 Uhr beginnen die Koalitionsverhandlungen

VON DANI SCHUMACHER

Nachdem sich DP, LSAP und Déi Gréng bereits Anfang letzter Woche auf ein Dreierbündnis verständigt hatten und Xavier Bettel anschließend vom Großherzog zum Formateur ernannt worden war, beginnen heute um 9 Uhr im Außenministerium die Koalitionsverhandlungen. Als erstes geht es um die Finanzen.

Auch wenn die Wahlprogramme von DP, LSAP und Déi Gréng nicht unbedingt deckungsgleich sind, so waren sich die drei Parteien doch in einem Punkt bereits im Wahlkampf einig: Die größte Herausforderung für die nächste Regierung werden die Staatsfinanzen sein. So wundert es auch nicht, dass schon am ersten Tag der Koalitionsverhandlungen offensichtlich der Kassensturz ansteht. Denn nur zwei Stunden nach dem offiziellen Beginn der Koalitionsgespräche defilieren ab 11 Uhr die Finanzexperten im Hôtel Saint Maximin.

Den Anfang machen Schatzamtsdirektor Georges Heinrich und Jeannot Waringo, Direktor der Generalinspektion der Finanzen. Nach der Mittagspause folgen dann ab 14 Uhr im Stundentakt der Direktor des Enregistrement, Romain Heinen, der beigeordnete Direktor der Zollverwaltung, André Schott, Guy Heintz von der Steuerverwaltung und schließlich Statec-Direktor Serge Allegrezza. Am Mittwochmorgen werden schließlich Gaston Reinesch, Präsident von der Zentralbank, und Robert Kieffer, Präsident der Rentenkasse vorsprechen.

Sie sollen die Verhandlungsdelegationen von DP, LSAP und



Neue Farbenlehre: DP, LSAP und Grüne versuchen ihre Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen. (FOTO: GERRY HUBERTY)

den Grünen über den Ist-Zustand informieren. Am Tisch sitzen neben Formateur Xavier Bettel Guy Daleiden, Fernand Etgen, Alain Kinsch, Claude Meisch, Maggy Nagel, Lydie Polfer, Dan Theisen und Lex Folscheid (Sekretariat) für die DP. Die LSAP geht mit Etienne Schneider, Parteipräsident Alex Bodry sowie den Nochministern Jean Asselborn, Mars Di Bartolomeo, Nicolas Schmit und Romain Schneider in Gespräche. Ergänzt wird die sozialistische Delegation durch Lucien Lux und Claude Tremont. Für die Grünen verhandeln François Bausch, Felix Braz, Camille Gira, Henri Kox, José Lorsché, Viviane Loschetter und Sam Tanson.

Wie die weitere Zeitschiene aussehen wird, ist noch nicht gewusst. Geht es nach dem Willen von Formateur Xavier Bettel soll das Dreierbündnis Anfang Dezember in trockenen Tüchern sein. Mitte des Monats ruft nämlich bereits die europäische Pflicht. Dann

findet in Brüssel der EU-Gipfel statt, bei dem es auch um die Zukunft des luxemburgischen Finanzplatzes gehen wird.

Während sich die Liberalen, die Sozialisten und die Grünen gestern auf die Koalitionsgespräche vorbereiteten, tagte am Mittag der Nationalvorstand der CSV. Man habe die Aussagen von Lydie Polfer vom Samstag mit Interesse zur Kenntnis genommen, meinte Generalsekretär Laurent Zeimet nach der Sitzung. Die DP-Politikerin hatte in der Sendung RTL-Background den Verhandlungsspielraum der Liberalen in einigen Punkten klar eingegrenzt. „Maßnahmen, die die Attraktivität unseres Finanzplatzes gefährden“ seien mit der DP nicht machbar. Auch der von der LSAP geforderte Vermögens- bzw. Reichensteuer erteilte sie eine Absage. Wenn die DP bei diesen Standpunkten bleibe, müsse „die LSAP noch viel Wasser in ihren Wein schütten“, so Zeimet.

Mehrere Eisen im Gewerkschaftsfeuer

OGBL kündigt erste Schritte für einen Streik bei ArcelorMittal an

Seit Jahresbeginn verhandeln die Gewerkschaften und die Direktion von ArcelorMittal über einen neuen Kollektivvertrag im Stahlkonzern. Bislang ohne Erfolg. Nun läuft am 20. November das Verfahren vor dem Schlichter aus, und der OGBL setzt den Stahlriesen nochmals mächtig unter Druck. Die Gewerkschaft droht mit einem Streik.

Bislang konnten sich die Sozialpartner immer in den Verhandlungen einigen - wenn auch in letzter Minute. Das ist noch nicht ausgeschlossen, vorausgesetzt jede Partei gibt ein bisschen nach. Vor dem Hintergrund der Sozialwahlen will der OGBL jedenfalls nochmals Stärke zeigen. Wenn die Direktion nicht von ihren Vorschlägen abrücke, droht die Gewerkschaft mit einem Streik.

Die erste Mahnung erfolgt am 5. November. OGBL-Gewerkschaftssekretär Jean-Claude Bernardini kündigte für kommenden Dienstag eine Protestdemo in Esch/Alzette an. Weitere Schritte sind auch in Planung. Die Gewerkschaft will intern ein Mandat erhalten, um eine Abstimmung bei



Die Mahnung: Am 5. November organisiert der OGBL eine Protestdemo in Esch/Alzette, später könnte es zum Streik kommen. (FOTO: GERRY HUBERTY)

den Mitgliedern durchzuführen. „Die Frage wäre dann unmissverständlich: Ja oder nein zum Streik?“, erläutert Bernardini.

Die Direktion von ArcelorMittal hatte die Verhandlungen an einen Kompetitivitätsplan für den Standort Luxemburg geknüpft. Das lehnt der OGBL ab. Der Kollektivvertrag

und die industrielle Strategie sollten getrennt von einander angegangen werden. Ebenso werden Lohnneinbußen sowie einer Streichung von Ruhetagen eine Abfuhr erteilt. Allerdings sagt sich die Gewerkschaft bereit, einer Nullrunde unter gewissen Bedingungen zuzustimmen. (BB)

Teures Pflaster

Wirtschafts- und Sozialrat analysiert Wohnsituation

In Luxemburg entstehen nicht genug Wohnungen. Vor allem der Baugrund treibt die Preisspirale nach oben. Aber nicht nur. Der Staat und die Gemeinden verfügen über eine ganze Reihe von Maßnahmen, um das Wohnungsangebot zu erweitern und die Preise zu drücken, doch sie werden nicht in vollem Maße genutzt. Zu dieser Schlussfolgerung kommt der Wirtschafts- und Sozialrat in einer Analyse über die Wohnsituation in Luxemburg, die gestern vorgestellt wurde.

Allein aus dem Blickwinkel der demografischen Entwicklung betrachtet, fehlen in Luxemburg jährlich 4 000 neue Wohnungen. Um den Bedarf an Wohnungen zu decken, müssten in Luxemburg bis 2030 6 500 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Zwischen 2002 und 2010 wurden im Schnitt aber nur 2 800 Wohnungen gebaut.

Der CES fand heraus: 75,8 Prozent der Grundeigentümer sind Privatpersonen, 14,8 Prozent der Grundstücke gehören Bauträgern. Die Gemeinden besitzen lediglich 5,1 Prozent des Gesamtpotenzials an Baufläche. Der CES chiffriert dieses Gesamtpotenzial auf 3 018

Hektar. Auf dieser Fläche könnten bis 2030 etwa 50 000 neue Wohnungen entstehen. „Allerdings werden bis dahin 80 000 Einheiten benötigt“, sagte CES-Präsident Gary Kneip.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, formuliert der CES Empfehlungen. Die öffentliche Hand müsse alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Preissenkung und Angebotserweiterung konsequent anwenden. Auch sollten die Beihilfen unbedingt auf ihre Effizienz hin überprüft werden. „Hilfen bewirken oft das Gegenteil dessen, wozu sie geschaffen wurden“, sagte Kneip.

Ansetzen sollte der Staat vor allem beim Baugrund. Die Spekulation müsse eingedämmt und das Baulückenprogramm in allen Gemeinden umgesetzt werden. Der CES schlägt zudem vor, kompakter zu bauen und die Prozeduren zu verkürzen.

Der CES schlägt eine Prüfung der wirtschaftlichen Rentabilität der Beihilfen für Altbauanierungen vor und ist der Ansicht, dass die öffentlichen Bauträger verstärkt auf dem Mietwohnungsmarkt aktiv werden sollten. (mig)



Die Immobilienpreise sind laut der CES-Analyse seit 2002 jährlich im Schnitt um elf Prozent gestiegen. (FOTO: MARC WILWERT)

Ein neues Ministerium

Union des consommateurs wendet sich an Formateur

Die Verbraucherschutzorganisation ULC hat sich schriftlich an Formateur Xavier Bettel gewandt, um ihm ihre Forderungen zu unterbreiten, die sie bereits im Vorfeld der Wahlen den politischen Parteien zukommen ließ.

Der Konsumentenschutz verlangt in seinem Schreiben, dass diese Forderungen bei der Erstellung des Regierungsprogrammes der kommenden Regierung berücksichtigt und auf konstruktive und zufriedenstellende Weise beantwortet werden. Eine Hauptforderung der ULC ist die Schaffung eines Verbraucherschutzministeriums oder zumindest die Nominierung eines delegierten Ministers, der die politische Verantwortung übernimmt und zuständig für die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen in allen politischen Bereichen ist.

Hinzu kommen Empfehlungen juristischer Natur wie die Schaffung der Möglichkeit von Sammelklagen, die Institutionalisierung der außergerichtlichen Schlichtung sowie die Erweiterung der europäischen Schlichtungsprozedur bei kleineren, grenzüberschreitenden Streitfällen bis 2 000 Euro auch auf nationaler Ebene.

Die Organisation beansprucht des Weiteren eine bessere finanzielle Unterstützung durch den Staat, da er nicht nur im Interesse seiner Mitglieder, sondern im Interesse aller Verbraucher handelt.

Die ULC setzt sich für die Wiedereinführung der automatischen Indexanpassung der Löhne und Gehälter ab dem 1. Januar 2015 ein und plädiert für die Beibehaltung des sogenannten harmonisierten Trinkwasserpreises. Der Konsumentenschutz lehnt eine Mehrwertsteuererhöhung ab, da eine solche vor allem die Haushalte mit schwachen Einkommen belasten würde. Eine globale Steuerreform dürfe die Mittelschicht nicht noch stärker belasten, da sie der Motor des Inlandskonsums ist.

Letztlich fordert die Verbraucherschutzorganisation, dass zielführende Maßnahmen in das Regierungsprogramm aufgenommen werden, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. (C)